

Ungleich vereint

Warum der Osten anders bleibt

Steffen Mau

edition suhrkamp

SV



SPIEGEL
Bestseller-
Autor

den. Hinzu traten postsozialistische Dynamiken wie Umbrucherfahrung und Transformationsschock, die sich als mächtige Generatoren von Differenz erweisen sollten.

Ich möchte hier nur skizzenhaft einige Gesichtspunkte aufgreifen, um argumentativ zu untermauern, dass die Angleichungs- oder Nachahmungserwartung nicht länger ein realistisches Entwicklungsszenario sein kann und wir von dauerhaften Unterschieden ausgehen müssen. Dabei stelle ich die *Sozialstruktur*, die *Demografie* und die *Kultur* ins Zentrum. Dies ist notgedrungen eine Auswahl, aber an diesen Bereichen lässt sich meine These gut veranschaulichen, wobei Aspekte der (politischen) Kultur und der Mentalitäten im Fortgang des Buches noch in anderen Hinsichten weiter vertieft werden sollen.

Zunächst muss man konstatieren, dass es in den Sozialstrukturen bis heute erhebliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland gibt. Die ungleichen Verhältnisse sind in diesem Bereich wie einzementiert; sie verändern sich nur sehr langsam, selbst in der Abfolge der Generationen. Die oft zu hörende Klage, »Bürger zweiter Klasse« zu sein (laut Umfragen sehen das immerhin bis zu zwei Drittel der Ostdeutschen so⁸), hat vermutlich weniger mit konkreten Diskriminierungserfahrungen oder eingeschränkten Rechten als Staatsbürger zu tun und mehr mit einer sozialstrukturellen Unterprivilegierung. Das bezieht sich nicht nur auf die schmaleren Portemonnaies und dünneren Wohlstandspolster oder die fast 30 Prozent, die im Niedriglohnsektor arbeiten, sondern ebenso auf die Statusordnung insgesamt: Im Vergleich beider Teilgesellschaften ist Westdeutschland mittelschichtiger, Ostdeutschland hingegen eine einfache Arbeitnehmergeinschaft, ja, ein »Land der kleinen Leute«. Eine Schicht der Wohlhabenden hat sich nur in Ansätzen

etabliert, die innerdeutsche »Vermögensmauer« ragt weiterhin steil empor.⁹ Das Vermögen der Haushalte ist in Westdeutschland doppelt so hoch, nur zwei Prozent der gesamtdeutschen Erbschaftssteuer werden in Ostdeutschland (ohne Berlin) gezahlt. Bedenkt man, dass wir in einer Gesellschaft leben, in der innerfamiliäre Transfers durch Schenkungen und Erbschaften wesentlich für den Vermögensaufbau sind, steht nicht zu erwarten, dass sich diese Ungleichheiten über die Zeit nivellieren könnten.

Zudem hatte die Transformationsphase dann ganz eigene Auswirkungen auf die soziale Lagerung und Milieubildung in Ostdeutschland. Massenhafte Arbeitslosigkeit, Deindustrialisierung in der Fläche, Erfahrungen der beruflichen Deklassierung, weitverbreitete Übergänge in die biografische Haltebucht des Vorruhestands sowie der Eintritt in das Maßnahmenkarussell der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik haben dazu beigetragen, dass sich die nach unten nivellierte Sozialstruktur der DDR nicht nach oben entfaltete, sondern tendenziell zusammengestaucht blieb.¹⁰ Die Mobilitätsblockade der späten DDR wurde von den Flurschäden der Transformation abgelöst, was ein anhaltendes Ungleichheitsverhältnis festschrieb. Damals verschwendete man kaum Gedanken daran, wie man einer solchen Entwicklung entgegenwirken könnte, etwa durch gezielte Elitenförderung, durch Stipendienwerke Ost, Unterstützung für Unternehmensgründer oder den Erwerb ehemals volkseigener Betriebe, zum Beispiel über ein spezielles Programm der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Auch wenn sich die Lücke etwas verkleinert hat, ist Ostdeutschland eher verlängerte Werkbank denn innovatives Zentrum, was sich an geringeren Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie der schwächer aufgestellten Wissenschaftslandschaft zeigt. Es gibt in den östlichen Bundes-

ländern einen höheren Anteil Beschäftigter mit manuellen Tätigkeiten in der Produktion und im Dienstleistungssektor sowie recht große auf sozialstaatliche Leistungen angewiesene »Transferklassen«. Höhere Angestelltenexistenzen, Managementtätigkeiten, das Beamtentum, freie Berufe und neue (kulturelle) Professionen sind vergleichsweise wenig verbreitet, Selbstständigkeit konzentriert sich auf den gewerblichen Bereich recht kleiner Betriebseinheiten und (oft prekärer) Alleinunternehmer. Sozialstrukturell sind das Wirtschaftsbürgertum, das Bildungsbürgertum und ein modernes Facharbeitermilieu schwächer ausgeprägt, deutlich mehr Menschen rechnen sich der Arbeiterschicht zu.¹¹

Der Osten hat überdies bis heute eine dramatische Eliten-schwäche. Der *These des nachholenden Aufstiegs*¹² zufolge sollte sich nach einer Übergangszeit, in der sich die Ostdeutschen die notwendigen Qualifikationen aneignen würden, die Lücke schließen und ihre Unterrepräsentation in den gesamtdeutschen Eliten abgebaut werden. Die Elitenrekrutierung und -zirkulation würde sich normalisieren, Ostdeutsche gleiche Chancen besitzen. Neueste Studien verwerfen diese These und sehen wenige Anzeichen für eine Verringerung des Defizits, auch für eine zukünftige Verbesserung gibt es kaum Anhaltspunkte, weil sich die Zahlen selbst für die jüngeren Jahrgänge nicht wesentlich verändern.¹³ Der Anteil der Ostdeutschen an Spitzenjobs in Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Justizwesen und in den Medien liegt bis heute weit unter ihrem Bevölkerungsanteil, in Wissenschaft und Justiz ist er sogar von einem niedrigen Niveau aus rückläufig.¹⁴ Dreißig Vereinigungsjahre hat es gedauert, bis eine Ostdeutsche ans Bundesverfassungsgericht berufen wurde.

Selbst im Osten sind die ostdeutschen Eliten deutlich in der Unterzahl. In der Politik sieht es im Vergleich zu anderen Sektoren noch am besten aus, aber auch hier zeigen neu-

ere Daten, dass der Anteil der zwischen Rügen und Erzgebirge Geborenen an Landesregierungen in Ostdeutschland seit 1990 nie so niedrig war wie im letzten Jahr der Messung 2020. Da lag der Wert bei 50 Prozent, 40 Prozent kamen aus den alten Bundesländern, und etwa 10 Prozent der Ministerinnen und Minister waren im Ausland geboren.¹⁵ Ein natürlicher Aufwuchs geschieht, wenn überhaupt, allenfalls in homöopathischen Dosen. Auch dies steht im Widerspruch zu der ursprünglichen Erwartung, nach der ersten Kohorte von Transfereliten würden (autochthone) ostdeutsche Führungskräfte nachwachsen.

Auf der lokalen Ebene sind ebenfalls viele herausgehobene Positionen – vom Notar über die Hochschullehrerin bis zum Unternehmensberater – westdeutsch besetzt. Eine neue Studie zu Führungskräften (also Personen mit Budget- und Personalverantwortung) insgesamt zeigt, dass sich auch hier die Unterrepräsentation fortsetzt.¹⁶ Besonders interessant ist dabei: Nicht nur in den älteren Kohorten, sondern selbst unter den jüngeren Nachwendekindern offenbaren sich – in den Worten des Autors der Studie, Jörg Hartmann – »dauerhafte Nachteile«. Die üblichen Argumente wie niedrigeres Bildungsniveau, Betriebsgröße, soziale Herkunft oder Erfahrung können die Unterschiede bei den beruflichen Aufstiegen dabei nicht erklären. Westdeutsche haben im Osten ungeachtet solcher Aspekte höhere Chancen auf Führungspositionen.

Wer welche Herkunft hat, mag für die Ausübung vieler Tätigkeiten zweitrangig sein, für die Menschen vor Ort macht es aber häufig einen großen Unterschied. Eine solche sozialstrukturelle Schwäche hat Auswirkungen auf die lokale politische Kultur. Gesellschaftliche Führungsgruppen fungieren auch als Trägerschichten der sozialen und politischen Repräsentation, sie gestalten den intermediären vor-

politischen Raum und übernehmen vielfältige Vermittlungsfunktionen. In Ostdeutschland sind sie in ihrer Rollenausübung erheblich geschwächt, in Teilen gar abwesend, weil ihre Familien woanders leben. In Universitätsstädten wie Göttingen, Freiburg oder Heidelberg wohnt man selbstverständlich, nach Frankfurt/Oder, Greifswald oder Halle wird gependelt. Selbst Manager, die in Sachsen Betriebe leiten, haben nicht selten ihren Wohnsitz in Berlin, so dass sie jenseits des Arbeitsplatzes wenig Vor-Ort-Engagement an den Tag legen. Nur mancherorts hat sich eine lokale Honoratiorengesellschaft herausgebildet, etwa in Gestalt des nach Potsdam zugezogenen Geldadels, versprengter bildungsbürgerlicher Eliten oder konservativer Freiberufler, während reformorientierte und moderne Milieus weit seltener anzutreffen sind. Die soziale Leitfigur in ländlichen Räumen sowie in Klein- und Mittelstädten ist der Handwerksmeister oder der Gewerbetreibende. Dieser Typus bestimmt den Takt, verkörpert ein auf manuelle Tätigkeiten und Arbeitspensum ausgerichtetes Leistungsethos und ist zur lokalen Meinungsführerschaft prädestiniert.

Hinzu kommt: In den Betrieben sind die Möglichkeiten der Mitbestimmung deutlich beschränkter als in Westdeutschland. Die Betriebsratsdichte und der gewerkschaftliche Organisationsgrad fallen geringer aus, in vielen Firmen fehlt eine sozialpartnerschaftliche Unternehmenskultur, die ostdeutschen Länder sind Schlusslichter bei der Tarifbindung.¹⁷ Und auch vor den Werkstoren gibt es im Hinblick auf das bürgerschaftliche Engagement gravierende Unterschiede: Es ist im Osten weniger vielfältig und bunt, schlechter ausgestattet, ruht oft auf den Schultern weniger. Nicht nur wegen der in der DDR im Grunde nicht vorhandenen zivilgesellschaftlichen Strukturen, sondern auch aufgrund von Abwanderung, Umbruch und Ressourcenschwäche ist

die sozialräumliche Dichte an entsprechenden Organisationen deutlich geringer. Vereine und Kirchen prägen den Alltag viel weniger stark als in den alten Bundesländern.¹⁸ Von den über 25 000 Stiftungen in Deutschland, die in der Bildung, Kultur oder Wissenschaft aktiv sind, sind gerade einmal sieben Prozent in Ostdeutschland (ohne Berlin) ansässig; allein in Hessen wurden 2022 164 neue Stiftungen eingerichtet, in den ostdeutschen Bundesländern insgesamt nur 72.¹⁹ Bezogen auf die Bevölkerungszahl ist ihre Dichte im Westen aufgrund des angehäuften Wohlstands und der stärkeren Wirtschaft fast dreimal so hoch.²⁰

Ein zweiter, oft unterschätzter Faktor bei der Entschlüsselung der spezifischen Lage im Osten ist die *Demografie*. Die ostdeutsche Teilgesellschaft schrumpft, und dies nicht erst seit dem Fall der Mauer: Von 1947 bis 1989 verringerte sich die auf dem Territorium der DDR lebende Bevölkerung um 14 Prozent, im selben Zeitraum nahm die der Bundesrepublik um etwa 30 Prozent zu.²¹ Aus der DDR reiste man aus, Zuwanderung spielte fast keine Rolle. Mit dem Mauerfall begann ein regelrechtes demografisches Abschmelzen mit mehreren hunderttausend Menschen, die jährlich in die alten Bundesländer abwanderten, aber auch mit einem beispiellosen Geburteneinbruch von über 50 Prozent innerhalb weniger Jahre.²² Im Saldo wurde die Bevölkerung seither ungemein stark dezimiert: Ohne Berlin ist sie im Osten seit 1989/90 von knapp 15 Millionen um 15 Prozent auf heute nur noch 12,6 Millionen geschrumpft (zum Vergleich: in Bayern leben über 13 Millionen Menschen, in Nordrhein-Westfalen über 18 Millionen), im Westen hingegen ist sie im gleichen Zeitraum um weitere 10 Prozent gewachsen.²³ Studien haben gezeigt, dass sich die »demografische Teilungslücke« durch die Abwanderung junger und gut qualifizier-

ter Menschen und den demografischen Einbruch nach 1989 verdoppelt hat!²⁴ Mit anderen Worten: Die Auseinanderentwicklung der Bevölkerungszahlen seit der deutschen Einheit vor 34 Jahren war in etwa so groß wie während der Teilung des Landes in den 40 Jahren zuvor. Wenn man das historische Fenster noch weiter öffnet, hat Westdeutschland gegenwärtig etwa 60 Prozent mehr Einwohner als vor dem Zweiten Weltkrieg, Ostdeutschland aber 15 Prozent weniger. Im Osten ist die Einwohnerzahl auf den Wert von 1905 zurückgegangen.²⁵

Blickt man differenzierter auf unterschiedliche Räume, sieht man zudem, dass sich in Ostdeutschland unterschiedliche Trends für die großen Städte, die ländlichen Gegenden sowie viele Klein- und Mittelstädte in peripheren Regionen ergeben. Für zahlreiche ländliche Gebiete ist bis 2040 ein weiterer demografischer Schwund von bis zu 25 Prozent wahrscheinlich, weil Angehörige geburtenstarker Jahrgänge sterben, nur kleinere Kohorten nachrücken und nach wie vor Menschen abwandern, wodurch die demografische Ossifikation fortgeschrieben wird. Was Fachkräfte anbelangt, geht man beispielsweise für Thüringen mittelfristig davon aus, dass auf 100 Renten- nur noch knapp über 50 Arbeitsmarkteintritte des Nachwuchses kommen und sich daraus eine dramatische Lücke ergeben wird.²⁶ Die wirkliche Erschütterung steht also noch bevor. Und selbst wenn die Nettoabwanderung inzwischen gestoppt ist und Ostdeutschland einen kleinen Wanderungsgewinn verzeichnen kann, beschränkt sich dieser auf einige wenige Ballungsgebiete und Universitätsstädte wie Jena, Leipzig und Rostock. Die migrantische Zuwanderung ist vergleichsweise gering, der Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte liegt weiterhin deutlich unterhalb des westdeutschen Levels. Der Osten bleibt dominant »biodeutsch«.

Mit der Schrumpfung geht die Alterung der Bevölkerung einher, eben weil die nachrückenden Kohorten kleiner sind und die Abwandernden jünger als der Durchschnitt – Senioren und Seniorinnen ziehen fast gar nicht aus dem Osten weg. Zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung war Ostdeutschland eine etwas jüngere Gesellschaft als die BRD, inzwischen haben sich die Verhältnisse umgekehrt, und der Anteil der über 65-Jährigen ist deutlich größer. Bevölkerungswissenschaftler gehen schon länger davon aus, dass sich in Ost und West je eigene demografische Muster verfestigt haben, die sich nicht nur auf die Altersstruktur, sondern auch auf das familiäre Verhalten (Anteil außerehelicher Geburten, Erwerbstätigkeit von Müttern, innerfamiliäre Arbeitsteilung etc.) insgesamt erstrecken.²⁷ Nur nebenbei: Die Unterschiede in der demografischen Entwicklung seit den 1990er Jahren sind nicht nur ein innerdeutsches Phänomen, ganz Europa ist durch ein Ost-West-Schisma gekennzeichnet. Länder wie Rumänien, Bulgarien oder die Slowakei werden weiter schrumpfen, Länder wie Frankreich oder Belgien wachsen.²⁸

Hinzu tritt in Ostdeutschland eine weitere Besonderheit, die mehr ist als nur ein nebensächliches Kuriosum. Aufgrund der stark weiblichen Ost-West-Migration existiert in vielen Altersgruppen ein Männerüberhang, der sich zudem regional konzentriert. In Sachsen-Anhalt kommen beispielsweise bei den 20- bis 29-Jährigen auf 100 Frauen 115 Männer.²⁹ In den Universitätsstädten sieht es besser aus, aber in etlichen Landkreisen und kleineren Städten sind die Ungleichgewichte noch einmal größer: Im thüringischen Ilm-Kreis stehen in dieser Altersgruppe 100 Frauen 140 Männer gegenüber, in Suhl sind es 138 und in Schmalkalden-Meiningen 128. Für solche Schieflagen – in der Wissenschaft oft unter den Begriff der »demografischen Maskulinisierung« ge-

fasst – gibt es Studien zu Rückwirkungen auf den Heirats- und Partnerschaftsmarkt, auf Männlichkeitsnormen und Gewaltneigung.³⁰ Nicht alle Befunde weisen in die gleiche Richtung, aber man findet Hinweise auf eine höhere Wahrscheinlichkeit von aggressivem Verhalten; jüngere Untersuchungen stellen zudem einen Zusammenhang mit antidemokratischen, fremdenfeindlichen und rechten Einstellungen her. Die Sozialwissenschaftlerin Katja Salomo³¹ hat beispielsweise für ländliche Gebiete in Thüringen gezeigt, dass die Kombination aus Abwanderung, Alterung und Frauenschwund – die Autorin nennt das »demografische Homogenität« – einen erkennbaren Effekt auf solche Haltungen hat. Nicht überraschend ist in diesem Zusammenhang der starke Zuspruch zur AfD in diesen vermännlichten Räumen. Mit weniger als 20 Prozent weiblichen Mitgliedern ist die AfD eine Männerpartei oder besser: eine Partei der verunsicherten und reaktionären Männlichkeit (so jedenfalls lassen sich die abwertenden Äußerungen vieler ihrer Spitzenpolitiker über Feminismus, neue Rollenmodelle, kulturelle Liberalisierung und Emanzipation deuten).³² Man kann sich leicht vorstellen, dass daraus ein Teufelskreis entsteht: Gerade die Gemeinden und Städte, die demografisch besonders auf der Kippe stehen, werden verschlossener und intoleranter, so dass sie auch für Zuwanderer – sei es aus anderen Regionen, sei es aus dem Ausland – denkbar unattraktiv (oder sogar gefährlich) werden und sich die Lage weiter verschlechtert.

Schrumpfende Gesellschaften sind oft Gesellschaften des Rückzugs und der Defensivität – der bulgarische Politikwissenschaftler Ivan Krastev spricht sogar von »demografischer Angst«.³³ Fremdenfeindliche und rassistische Stimmungen scheinen sich vor allem dort festzusetzen, wo wenige Migrantinnen und Migranten leben und es zugleich einen